

U e b e r
den peinlichen Prozefs
i n B a i e r n.

Zur Erlangung
der
Licentiaten - Würde

von
C. M. S c h w a r z.

Den 15. Juny 1807.

Freysing,
gedruckt mit Müllerschen Schriften,

Ueber

den geistlichen Prozess

in Baiern.

Zur Erläuterung

der

Licenzirten - Würde

Bayerische
Staatsbibliothek
München

C. M. 2 c h 10 a 7 2.

Den 15. July 1807

Freytag.

Gedruckt und Verkauft bey Schönbach.

E i n l e i t u n g.

Dafs sich der Criminalprocefs seit der Aufhebung der peinlichen Frage in Baiern *) in vielen Stücken geändert habe, bedarf wohl keiner Erwähnung.

Weniger einleuchtend dürfte die Wahrheit seyn, dafs auf diese Art das ganze Verfahren im peinlichen Proceffe eine andere Wendung nahm.

Durch die Abschaffung der Folter wurde nicht blofs ein von jeher bekämpftes juridisches Ungeheuer vertilgt,

*) S. Die Verordnung vom 7ten July 1806 über Abschaffung der peinlichen Frage, und das von dem Inquirenten gegen läugnende Inquisiten zu beobachtende Verfahren.

wurde nicht bloß dem Uebel gesteuert, daß oft die Unschuld blutete, indess der Verbrecher auf eine ächt juridische Weise sich den Händen der straffenden Gerechtigkeit entzog!

keineswegs!

Es mußte durch die Abschaffung der Tortur das Verfahren im Kriminalproceß nothwendig ein ganz anderes werden.

Während ehemals der Inquirent seine Thätigkeit in der Untersuchung auf jenen Punct concentrirte, bis die Sache zur Folter des Inculpaten geeignet war, um dann mit Gemächlichkeit die Marter anzuwenden, und dem unglücklichen Angeschuldigten entweder durch höllische Pein ein Geständniß abzupressen, oder den abgehärteten Bösewicht der Fesseln zu entledigen, und auf diese Art der Gerechtigkeit die Hände zu binden, — hat durch die Aufhebung

der Folter die Thätigkeit des Inquirenten eine eigene und ganz verschiedene Richtung genommen.

Es mußte Grundsatz werden, den peinlichen Proceß nach Möglichkeit zu beschleunigen, ohne die nothwendigen Formalitäten desselben nur im geringsten zu verletzen.

Es soll dem Verbrecher nicht mehr geschehen, als was er durch sein Verbrechen nach den Strafgesetzen verdient hat; er soll weder aus Liebe zur Bequemlichkeit, noch aus niedriger Rache des beleidigten Staates mehr Uebel leiden, als ihm das Gesetz dictirt.

Aber Auch der Staat darf in seinen Rechten nicht verkürzt werden.

Ein Augenmerk, das bisher die meisten Criminallisten nicht berücksichtigten. Man vergaß über dem Verbrecher den Staat, und klagte nur über die Strafe, wie schon Cäsar sagt: wenn

diese etwas zu hart schien. Durch die Abschaffung der Tortur und durch den neuen Inquisitionsproceßgang scheint mir auch diese Forderung der Vernunft nach Möglichkeit realisirt zu seyn.

Dem Inquirenten steht es nicht mehr nach Belieben frey, den Inquisiten einige Monate ungehört im Kerker schmachten zu lassen. Ein Mißbrauch, der nicht nur dem Staate äusserst nachtheilig werden mußte, sondern der auch den Grund zur Verzögerung des Proceßes, und Erschwerung des Geständnisses legte, indem der Verbrecher, wenn er ohnehin im Gefängnisse schmachtete, Zeit und Gelegenheit genug hatte, wie er den unklugen Inquirenten bey der Nase herumführen, und sich der Strafe entziehen könnte.

Auch diesem Uebel ist gesteuert, daß der Inquisit gleich nach seiner Arretirung, oder wenn wichtige Hinder-

nisse obwalten, wenigst in Zeit von 24 Stunden verhört werden muß. *) Ein Umstand, der freylich den alten Praktikern nicht behagen will.

Allein ihre Gründe sind schwach, und widerlegen sich durch die Natur der Sache selbst. Sie wollen, bevor sie zum ersten Constitut schreiten, Leumuthserfahrungen einholen, wollen Augenscheine, Haussuchungen und Inspectionen vornehmen, und den Proceß formiren, ohne sich um den zu kümmern, über den sie die Inquisition eröffnet haben. Ohne zu bedenken, daß es gar wohl der Fall seyn könne, daß alle diese Anstalten ohne vorgängiges Verhör des Angeschuldigten fruchtlos, und nicht selten unmöglich sind.

*) S. die Verordnung über Abschaffung der peinlichen Frage und das Verfahren gegen läugnende Inquisiten, v. 7ten July 1806.

Man denke sich in die Lage: Ein Vagant wird wegen Diebstahlsverdacht arretirt. Er ist ein Ausländer, spricht eine fremde Sprache und der Diebstahl wurde in einem entfernten Orte verübt, Ja, nicht einmal soviel weiß Inquirent; Inquisit ist nur verdächtig. Hier muß es wohl die erste Handlung des Richters seyn, den Angeschuldigten zu ver-
hören.

Noch setzt man entgegen: daß durch das beschleunigte Verhör der Inquisit nicht selten in der ersten Leidenschaft mit Fragen bestürmt, ihm das Geständniß abgepresst, und auf diese Art eine Nullität des Processes begründet werde.

Wird der Verbrecher gleich nach vollendeter That arretirt, so wird ein kluger Inquirent sich nach Zeit und Umständen zu benehmen wissen, ohne durch Erpressung des Geständnisses, welches

nur in der höchsten Leidenschaft abgelegt, nichtig wäre, eine Nullität zu veranlassen. Gesetzt aber, die That war schon lange vor der Verhaftung des Angeschuldigten verübt; wozu jene Cautel? Inquisit wird ja doch einmal, und das erstemal constituirt werden müssen, wenn es auch einige Monate früher geschieht, und vielleicht die Inquisition geschlossen ist, während man ehemals erst die Vorbereitungen dazu machte!

Nicht weniger Vertheidigung hat die peinliche Frage gefunden — und findet sie noch — findet sie unter Männern, denen man tiefes Studium und Erfahrung im peinlichen Rechte nicht absprechen kann,

Servin glaubt, daß in einigen Fällen die Folter zulässig seyn könne, wenn man nur den Spuren der Natur folge, welche den Menschen gelehrt hat, aus seinem Feinde die Geständnisse

durch angethane Schmerzen zu erpressen.

Allein die Gründe dieses Gelehrten sind von mehreren Rechtslehrern bis zur Ueberzeugung widerlegt worden.

Und Brissot, Montesquieu, Sonnenfels, Beccaria, Thomasius, de la Croix, und Eberhard*) haben das Grausame und Unmenschliche der peinlichen Frage mit einleuchtenden Gründen hinlänglich dargethan.

Feuerbach äußert sich über den Gebrauch der Folter mit einer Gründlichkeit und Energie, welche selbst den feurigsten Vertheidigern dieses juristischen Undings allen Zweifel benehmen muß **).

*) S. Berlinische Monatsschrift von Gedike und Biester. Im Monat Aug. und Sept. 1783.

**) S. dessen p. R. Gießen 1805. bei Georg Friedr. Hayer.

Baiern hat seit Kurzem über dieses blutdürstige Ungeheuer triumphirt, und die ganze Streitfrage hat bey uns alles practische Interesse verlohren.

Gruner setzt in seinen Anmerkungen in Servin's peinlicher Gesetzgebung noch einige Gründe hinzu, welche mit Recht gegen die Folter Gewicht haben. Es ist hier der Ort nicht, eine Frage auszuheben, welche nach dem Urtheile der ersten Criminalisten bereits entschieden ist. Ich schreite daher nach dieser Vormerkung zur Darsteflung des Planes meiner Abhandlung selbst. Ich schreibe über den Inquisitionsprozefs in Baiern, nach seinen dermaligen Veränderungen — nicht weil ich diesem Gegenstande vollkommen gewachsen zu seyn glaube — Nein! blofs aus Neigung — und freyer Wahl. —

In dieser Hinsicht werde ich weder in das Gebiet der Philosophie ausschwei-

fen, noch mich in den Empirismus vertiefen, und im Dunkeln herum tappen; sondern ich halte mich an die noch geltenden peinlichen Gesetze und Verordnungen, und werde mich bemühen, das Ganze in möglichster Ordnung darzustellen, ohne jedoch zu vergessen, daß ich nach dem Gesetzbuche, und in einem positiven Theile der Rechtswissenschaft arbeite.

Unnöthige Allegate halte ich in einer Abhandlung, deren Quelle die baierischen Gesetzbücher und Verordnungen sind, für überflüssig und übel angebracht. Mit Danke aber werde ich die Schriften benützen, die ich zu meinem Zweck dienlich finde.

Ich allegire die Schriften, welche ich benutzte, und berühre keine ungesessene Stelle — davon mag man sich durch Nachlesen überzeugen.

Ich bearbeite die ganze Darstellung meines Gegenstandes in einzelnen Abhandlungen — oder Betrachtungen, und lege Feuerbachs System der peinlichen Prozesse zum Grunde, weil mir dasselbe sowohl aus logischen — als andern Rücksichten die natürlichste Ordnung zu enthalten scheint.

Nicht ängstlich nachbetend, nicht an Paragraphen sklavisch festgebunden, gehe ich meinen eignen Gang, wo ich es für gut oder nothwendig finde.

Ich fühle es wohl, daß ich das Ideal nicht erreiche, welches ich mir bey Bearbeitung dieses Gegenstandes vorgebildet habe.

Dazu sind mir weder Zeit noch Umstände günstig. Wenn man den ganzen Tag hindurch seine Kräfte den praktischen Gerichtsgeschäften weihet, so ist der Geist beynahe zu allen tie-

fen Nachdenken unfähig. Gleichwohl soll diese Arbeit ein Produkt meiner Ruhe- und Nachtsstunden werden.

Meine Absicht ist es daher, einen Versuch — und nicht mehr als einen Versuch in Bearbeitung eines der wichtigsten Theile des positiven Criminal-Rechts zu liefern.

Und als bloßen Versuch, bitte ich den gebildeten Mann, diese Blätter zu beurtheilen.

Mir stehen keine Folianten zu Gebote. Kein gelehrter Freund leitet meine Feder, und unterstützt mich mit Rath und That. So viel glaube ich erinnern zu müssen, um aus keinen unrichtigen Gesichtspunkte betrachtet zu werden.



U e b e r
den peinlichen Prozeß
in Baiern,

den belinlichen Procla

in Baiser

I. Capitel.

Von der Criminal - Gerichts- barkeit überhaupt.

§. 1.

Criminalgerichtsbarkeit (Jurisdictio criminalis, Jurisdictio alta) besteht in der Gewalt des Staates nach peinlichen Strafgesetzen, Criminal - Verbrechen zu beurtheilen. Denn nicht jede strafbare Handlung ist nach baierischen Gesetzen ein Criminal-Verbrechen; nothwendig muß daher der Begriff der Criminal - Gerichtsbarkeit nach unserm Gesetzbuche verengt und be-

schränkt werden. Der römische Begriff der
 peinlichen Gerichtsbarkeit ist zu umfassend, und
 dem unsrigen nicht adäquat genug.

Feuerbach Lehrbuch des peinlichen Rechts.
 Gießen bey Georg Friedrich Hayer 1805.
 Th. II. §. 495.

Cod. bav. crim. P. I. §. 1. et in n. §. 1. L.
 unica C. quando civilis actio.

Von den peinlichen Fällen.

§. 2.

Der baierische Criminal - Codex drückt sich
 über diesen Gegenstand äußerst unbestimmt
 aus, und überläßt es dem Herkommen und
 der Observanz.

Die allgemeinen Regeln sind diese:

1. Jede Handlung; welche unter einem peinlichen Strafgesetze steht, ist ein Criminal-Verbrechen.
2. Alle Gegenstände der Beurtheilung, welche entweder in Thesi, oder Hypothesi eine besonders schwere Strafe zur Folge haben, werden criminel bestraft.
3. Handlungen, welche auf das Staatswohl allgemeinen nachtheiligen Einfluss haben.
4. Entscheiden diese Regeln nicht, so kömmt es auf Gewohnheit, Observanz, und vorzüglich auf die Nebenumstände einer That an, ob sie civiliter oder criminaliter abgestraft werden soll. Z. B. Ein Handwerksbursche weiset eine falsche Kundenschaft vor, hat aber zu seiner Legitimation ein gutes Zeugniß von seinem Meister.

Hier kömmt es lediglich auf die Nebenumstände an, ob der Fall criminalisch oder polizeylich zu betrachten sey.

Cod. Crim. Bav. P. I. §. 1. et in n. P. I. §. 1.
Cod. cit. §. §. 5. 6. 7. 8. 9 et 10,

5. Erklärte Landesfreyheit von Joh. Casp. Weixer. München 1719.

Chlingensperg Tract, jurid. de jure hofmarchiali in Bavaria.

Feuerbach C. cit. §. 496.

§. 3.

Die Ausübung der Criminal - Gerichtsbarkeit ist ohne Untersuchung der concreten Handlung nicht denkbar; d. h. vor Allem muß der Inquirent seine Thätigkeit auf Entdeckung der Merkmale einer Handlung, welche das Gesetz erfordert, hinrichten. 2) Muß er aus den Acten das Resultat ziehen, ob die rechtliche Folge eines Verbrechens, die die gesetzliche Strafe Statt habe; endlich 3) muß die gesetzliche Strafe auch an dem Verbrecher exequirt werden.

Die Criminalgerichtsbarkeit enthält also:

a) Das Recht der Untersuchung, b) das Recht der Entscheidung, und c) das Recht der Execution.

Feuerbach loc. cit. §. 497.

Meister Einl. pag. 306.

§. 4

In Baiern ist das Recht der Entscheidung und das Recht der Execution von dem Rechte der Untersuchung gewöhnlich getrennt. Die Land- und andere Untergerichte instruiren den Proceß, und schicken die Acten ad Decidendum zu den einschlägigen Hofgerichten ein.

Wünschenswerth wäre es, daß der inquirende Richter den Acten wenigst eine Relation anlegen, und der Execution persönlich beywohnen sollte, besonders wenn das Verbrechen mit der Todesstrafe belegt wird.

Himmelswunder über die Vollziehung der
peinlichen Strafen. Landshut 1803.

§. 5.

Gleichwie die niedere Gerichtsbarkeit in Baiern von einigen Privatpersonen, und Corporationen wie ein dingliches Recht behandelt, und ausgeübt wird, eben so verhielt es sich, wiewohl im mindern Grade, mit der Criminaljurisdiction. so, daß die Hauptstädte in Baiern, und Herrschaftsgerichte unbedingt über Leben und Tod sprachen.

Die Mißbräuche waren aber so groß, daß die Regierung endlich genöthiget war, durch eine allgemeine Verordnung die Patrimonial-Gerichtsbarkeit dahin zu beschränken, daß die Urtheile, welche eine Capitalstrafe begründen, zu den geeigneten Hofgerichten ad Ratificandum eingeschickt werden müssen.

Dies gilt auch von den Stadtgerichten, München, b) Landshut, c) Straubing, und In-

golstadt, welches letztere, blos in Form eines Gutachtens entscheidet.

Maiers Generalien - Sammlung.

§. 6.

Hofmarksgerichte, welche blos die niedere Gerichtsbarkeit ausüben, haben in peinlichen Fällen:

1. Das Recht zu untersuchen; ob der Gegenstand zur peinlichen, oder niedern Gerichtsbarkeit gehöre, (Jus Cognitionis).
2. die Gezeugen summarisch, und blos gerichtlich zu verhören, und endlich
3. den Verbrecher längstens drey Tage zu detiniren, (jus triduanæ detentionis).

Sobald sich ein Criminalfall in einem Hofmarksgerichtsbezirke ereignet, muß so-

gleich das einschlägige Landgericht mittels Schreiben hievon in Kenntniss gesetzt werden; um den Thatbestand (Corpus delicti) zu erheben. Wird der Thäter bey dem Hofmarksgerecht arretirt, so geschieht zugleich von der Extradition Erwähnung; wo dann das Landgericht durch den Gerichtsdienner auf der Gränze den Deliquenten zur Formirung des Processes übernimmt.

Cod. crim. bav. P. I. §. 10. P. II. Cap. 1.
§. 23,

Chlingensperg de Jure Hofmarchiali in Bavaria.

Weixner — erklärte Landesfreyheit.

§. 7.

Die Bedingung der Ausübung der Criminal - Gerichtsbarkeit erfordert abgeleitete Rech-

te und Verbindlichkeiten; nämlich:

Rechte.

1. Das Recht zu allen Handlungen, welche die Ausübung der peinlichen Gerichtsbarkeit möglich machen.

2. Das Recht, die Gerichtspersonen zu ernennen.

Dieses Recht ist in Baiern für die Städte und Herrschaftsgerichte, welche den Blutbann haben, dahin beschränkt, daß die Gerichtspersonen vor ihrer Anstellung von der Regierung geprüft, und bestätigt werden müssen.

3. Das Recht, eine Richtstatt zu halten, Gefängnisse zu haben, und Strafwerkzeuge zu errichten.

4. Das Recht, auf die Einkünfte, welche aus der Ausübung der hohen Gerichtsbarkeit fließen, z. B. Vermögens-Confiscations - Strafe.

Feuerbach l. c. §. 498. Cod. crim. bav. P.
II. Cap. 11. §. 8.

Leyser spec. 90. Med. 11. de expensis Crimi-
nalibus.

S. Maiers Generalien - Sammlungen.

§. 8.

Diesen Rechten stehen zwey Verbindlichkei-
ten entgegen, welche gleichfalls von der Aus-
übung der Criminaljurisdiction untrennbar sind
als :

1. Die Unterhaltung und Besoldung des Ge-
richtspersonals;

2. die Einrichtung und Ausbesserung aller
Strafmittel, z. B. Gefängnisse, Galgen,
u. s. w.

3. Die Uebernehmung der Prozeß- und an-
derer Kosten, wenn der Angeschuldigte
unvermögend ist; denn im entgegenge-

setzten Falle werden sämtliche Kosten aus seinem Vermögen erholt.

Feuerbach. 1. cit. P. G. O. Art. 47. —

wo aber der verklagt, oder seine Freundschaft solchen obgedachten, Armuth halber nicht ertragen, oder erleiden möchte — so soll die Obrigkeit, oder das Gericht den Kosten darlegen. —

Cod. crim. bav. P. II. Cap. II. §. 5. et 6.

Sind die Acten geschlossen; so wird eine Kostenspecification gemacht, und diese nebst den Acten zum General-Landes-Commissariat, als Provinzial-Etats-Curatel ad Ratificandum eingesendet.

§. 9.

Die Criminaljurisdiction ist nach baierischen Rechten entweder landesherrlich (administrativa Jurisdictio criminalis) oder ständisch

Jurisdictio patrimonialis crim.) Erstere wird entweder von Ober - oder Untergerichten ausgeübt.

Diese haben kein **Votum decisivum**, sondern bloß ein **Votum informativum**; und müssen in zweifelhaften Fällen die Acten einsenden, um weitere Verfügungen zu erwarten.

Die **Patrimonial - Criminal - Gerichtsbarkeit** ist mehr oder weniger beschränkt, und kann nur durch ausdrückliche **Concession** des **Landesherrn** erworben werden.

S. Maiers Generalien - Sammlung.

Cod. crim. bav. P. I. §. 1. et in n. P. I. Cap. 1. §. 1.

Chlingensperg de jure hofmarchiali Titulus II. de jure criminali.



II. Capitel.

Von dem Criminalgerichte selbst.

§. 10.

Unter Criminalgericht (*Judicium criminale*) versteht man den Innbegriff derjenigen Personen, welche zur Ausübung der Criminalgerichtsbarkeit gesetzlich erfordert werden. Die Anzahl dieser Personen ist nach Verschiedenheit der Criminalgerichtsstelle verschieden.

Bey Untergerichten bestehen dieselben aus dem Richter, (Inquirenten), 2) Actuar, dessen Stelle ein verhandglübder Amtsschreiber vertreten kann; und 3) der Gesichtsdienner.

Diese Personen müssen auf ihr Amt vereid-
et und verpflichtet seyn, vorausgesetzt, daß
der Richter, und Actuar nach ihrer intellec-
tuellen Bildung vom Staate als fähig erklärt
sind.

Feuerbach 1. cit. §. 503. Cod. bav, crim. P.
II. Cap. 1. §. 1. 2. 3. 4. et 6.

§. 11.

Der Richter ist, gleichwie im Civilpro-
zesse, auch im Criminalprozeß die wichtig-
ste Person; er ist, wie Grollmann sagt: die
Seele der ganzen Verhandlung. Er leitet alle
prozessualischen Handlungen zum Zweck der

Anwendung der Strafgesetze. Sein Verstand und Wille muß jene Eigenschaften an sich haben, welche die Gesetze als nothwendige Bedingung seines Richteramtes voraussetzen.

Er muß die Justiz verwalten können, und keinem Verdachtsgrunde unterliegen, daß er selbe nach seinem Pflichten verwalten wolle. Er darf so wenig verdächtig seyn, als es ein Gezeuge seyn darf.

Cod. crim. bav. l. cit. §. 1. et 9.

Feuerbach l. cit. §. 505.

L. 14. Cod. de Judiciis. P. G. O. Art. 1 et 2.

§. 12.

Eben dieses gilt auch für Patrimonial- als Herrschafts- und andere Criminalgerichte, welche den Blutbann haben.

Patrimonial - Beamte müssen gleichfalls vom Staate geprüft, verpflichtet, und angestellt worden seyn.

Sollte sich in diesem Falle ein Mangel bezeigen, so würde die Regierung ex Officio vorschreiten.

Cod. bav. Crim. P. II. Cap. 1. §. 8.

§. 13.

Der Actuarius ist eine öffentliche, vom Staate geprüfte und vereidete Person. Er hat die strengste Pflicht, alles genau aufzuzeichnen, was während dem Prozesse, und besonders bey den Verhandlungen vorkömmt.

Ist der Oberbeamte verhindert, so vertritt er statt desselben die Stelle des Inquirenten, und bedient sich eines besonders verpflichteten Amtsschreibers, als Actuar. Immer

mufs aber der Verhinderungsfall des Oberbeamten in den Protokollen vorgemerkt werden.

Cod. crim. bav. P. II. §. 2.

S. die Verordnung von 1801. Reg. St.

§. 14.

Richter und Actuar können sowohl nach dem gemeinen Rechte, als auch nach unsern Gesetzen nicht in einer Person vereinigt seyn.

Patrimonial - Criminalgerichte machen von dieser Regel keine Ausnahme.

Es mufs wenigstens ein Amtsschreiber als Actuar adhibirt werden, nachdem er zu ei-

ner Handlung besonders durch Handgelübde verpflichtet worden ist.

Cod crim. bav. P. II. Cap. 1. §. 2. 3. et 8.

P. G. O. Art. 181.

§. 15.

Der Gerichtsdienner ist eine vom Staate verpflichtete und bestellte Person, welche dem Gerichte beygegeben ist. Im peinlichen Prozesse vertritt die Stelle der Gefangenwärter und Gerichtsknecht (Lictor) zugleich.

Seine Geschäfte infamiren nicht.

III. Capitel.

Von der Zuständigkeit des
Criminalgerichts (fori
crim. Competentia.)

§. 16.

Peinlicher Gerichtsstand (forum criminale)
wird begründet durch dasjenige Verhältniß der
Staatsbürger, vermöge dessen diese sich unter
gewissen Voraussetzungen der Gerichtsbarkeit
gerade dieses Gerichts unterwerfen müssen

Zuständigkeit des Criminalgerichts (*fori Competentia*) besteht in der Befugniss des Gerichtes in einem gegebenen Falle die Criminalgerichtsbarkeit auszuüben.

Feuerbach. l. cit. §. 510.

Cod. crim. Bav. P. II. Cap. I. §. 10.

Krull, Einleitung in die baierische Civilgerichtsordnung. §. 4.

§. 17.

Der Gerichtsstand theilt sich im peinlichen, so wie im Civil-Rechte, in den gemeinen (*Forum criminale commune*) und in den privilegierten (*Forum criminale privilegiatum*).

Der gemeine Gerichtsstand wird durch Voraussetzungen begründet, welche bey allen Verbrechen eintreten können.

Der privilegirte Gerichtsstand ist eine Ausnahme von der Regel, und hat nur unter gewissen Voraussetzungen statt.

Feuerbach l. cit. §. 811.

L. 2. Cod. de jurisdictione

C. S. X. de Fori competentia.

§. 18.

Der gemeine Gerichtsstand (Forum Commune) wird begründet 1) durch Begehung des Verbrechens an einem gewissen Orte (Forum delicti commissi) 2) durch den Wohnort des Verbrechers, (Forum domicilii). 3) durch den Aufenthalt des Verbrechers, nach begangenen

Verbrechen, (Forum deprehensionis), das gemeine Forum ist daher dreyfach.

Cod. crim. bav. P. II. Cap. 1. §. 10. et in n.
ad. P. II. Cap. 1. §. 10.

Feuerbach l. cit. §. 512.

Krull l. cit. §. 14.

Leyser spec. 627. M. 7.

§. 19.

Gerichtsstand des begangenen Verbrechens (Forum Delicti commissi), ist vor jenem Gerichte, in dessen Bezirk das Verbrechen vollendet worden ist.

Es kommt nicht darauf an, wo die vorbereitenden (Antecedentia) Handlungen geschehen, oder wo das Verbrechen durch seine Folgen realisirt wird,

Sobald nach dem gesetzlichen Begriffe das Verbrechen existent ist, in dem nämlichen Moment ist auch das Forum delicti commissi begründet.

Cod. crim. bav. P. II. Cap. 1. §. 10. et in n. eodem.

L. i. Cod. ubi de Criminalibus.

Krull l. cit. §. 14.

§. 20.

Der Gerichtsstand des Wohnorts ist nach unseren und allen positiven Gesetzen an dem Wohnorte des Verbrechers.

Der Wohnort eines Menschen ist derjenige Ort, wo sich Jemand in der Absicht beständig da zu bleiben niedergelassen hat.

Es muß also Jemand wirklich an einem Orte wohnen, und auch die Absicht haben beständig da zu bleiben.

Jeder also, der der Ausübung seiner Rechte gesetzlich fähig ist, kann sich auch sein Domicilium constituiren.

Cod. Judic. Cap. 1. §. 3.

Feuerbach l. cit. §. 513.

Krull l. cit. §. 8. et 9.

§. 21.

Gerichtsstand der Deprehension (Forum Deprehensionis) wird dadurch fundirt, daß sich der Verbrecher nach begangenen Verbrechen in einem gewissen Gerichtsbezirke aufhalte.

Also einzig und allein durch den Aufenthalt des Verbrechers nach geschehenen Verbrechen an einem bestimmten Orte wird dieser Gerichtsstand begründet

Der Wahn der R. L., daß dieses Forum erst mit dem Act der Ergreifung des Verbre-

chers, fundirt werde, ist daher falsch, (wie Feuerbach sehr richtig bemerkt).

Dieses Forum, dem R. R. unbekannt, verschlingt selbst das Forum Domicilii, welches ohnehin sein Daseyn einer übelangewandten Analogie verdankt.

Immer wird der Gerichtsstand der Deprehension vor dem Foro Domicilii thätig; es mag dann der Verbrecher sich in seinem Wohnorte, oder einem andern Gerichtsbezirke betreten lassen.

Wozu also ein Forum Domicilii?

Cod. crim. bav. P. II. Cap. 1. §. 10.

Leyser spec. 80. §. 10.

Feuerbach l. cit. §. 513.

Krull l. cit. §. 18.

Cod. Judic. Cap. 1. §. 5.

§. 22.

Diese verschiedenen Gerichtsstände können unter mehrern Gerichten Collisionen veranlassen, und dieß geschieht, so oft bey mehrern Gerichten Gründe zur Ausübung der Criminaljurisdiction in einem und demselben Falle vorhanden sind.

Dieß kann dadurch geschehen, daß bey mehrern Gerichten in Ansehung desselben Falles die nämlichen Voraussetzungen eintreten.

(Subjective Collision) oder es können bey verschiedenen Gerichten in Ansehung eines Criminal - Falles verschiedene Voraussetzungen existent werden; (objective Collision des Gerichtsstandes).

Cod. crim. bev. P. II. Cap. 1. §. 10.

Feuerbach l. cit. §. 514.

§. 23.

Um die Collision in Ausübung der Criminal-Gerichtsbarkeit zu heben, giebt es folgende Gesichtspunkte:

1. Nimmt man die Entscheidungsnormen aus Verträgen, Gesetzen, oder Observanzen. Liegt hierinn kein Entscheidungsgrund, so entscheidet zwischen den collidirenden Gerichten

2. die Prävention.

Die Prävention wird durch jede richterliche Handlung begründet, welche die Prozessirung eines bestimmten Verbrechers zum Zwecke hat.

3. Entscheiden diese Regeln nicht, so kann der Streit nur durch Vergleich, oder durch ein gemeinschaftliches Commissionsgericht gehoben werden.

Cod. crim. bav. P. II. Cap. 1. §. 11. 12. 13.
et 14.

Cod. cit. §. 18. 19. 20. et 21.

Feuerbach l. cit. §. 516.

L. ult. C. de in jus voc.

§. 24.

Dafs es auch im peinlichen Rechte einen privilegirten Gerichtsstand gebe, hat seinen Grund in gemeinen- und Particular-Rechten.

Dieses Forum beruht auf der Standverschiedenheit der Unterthanen im Staate.

Adeliche, Graduirte Geistliche; Staatsdiener im eigentlichen Sinne, Hofschutzverwandte, Militairpersonen und Academiker, als solche, haben sich des privilegirten Gerichtsstandes (Fori Privilegiati) in peinlichen Sachen zu erfreuen.

Dieser Gerichtsstand ist aber nach den Standesverhältnissen verschieden; bald mehr; bald weniger privilegiert.

Adeliche, graduirte und geistliche Verbrecher stehen unmittelbar unter den einschlägigen Hofgerichten. Die Ordinariate concurriren nur dann, wenn das Verbrechen eines Priesters auch in die geistlichen Sachen (in Ecclesiastica) einschlägig ist.

Militärpersonen stehen unter dem Regimente, welches bloß ein Votum informativum hat, und die Acten zum Hofkriegsrath zur Entscheidung einschickt.

Der academische Senat hat in peinlichen Fällen über Akademiker das jus cognitionis, et triduanæ Detentionis. Der Verbrecher wird sodann zur Prozessirung dem Hofgerichte Straubing übergeben.

Cod. crim. bav. P. II. Cap. 1. §. 30. 31. 32.
et 33. et in n. eodem.

Feuerbach loc. cit. §. 517.

Cod. Judic. Cap. 1. §. 12.

Michl, kurze Uebersicht des kathol. Kir-
chenrechts S. 9. §. 5.

IV. Capitel.

Von dem Criminalprozeß und seinen Eintheilun- gen.

§. 25.

Der Inbegriff aller gesetzlich bestimmten Handlungen, durch welche die Schuld oder Unschuld des Inculpaten erzweckt wird, gehört zu dem Criminalprozeß.

Der Zweck des peinlichen Prozesses ist
diesemnach Entdeckung der Schuld, oder Un-
schuld des Inculpaten.

Auf diese zwey Hauptzwecke der ganzen
Untersuchung muß die Thätigkeit des Inquiren-
ten gleich stark gerichtet *) seyn.

Cod. crim. bav. P. II. Cap. 7. §. 9. et P. II.
Cap. 5. §. 20.

Feuerbach l. cit. §. 518.

Servin über die peinliche Gesetzgebung.
Lib. 3.

*) Eine schwere und nicht selten uner-
füllbare Pflicht des Inquirenten!

§. 26.

Der Criminalprozess im allgemeinen hat daher folgende vier wesentliche Bestandtheile, als:

I. Die Anschuldigung. Darunter versteht man alle mögliche Gründe, welche den Inquirenten veranlassen, den Criminalprozess zu eröffnen.

II. Die Untersuchung im Allgemeinen, und die Beweisführung.

III. Die Entscheidung des Falles, und

IV. Die Execution.

Feuerbach l. cit. §. 519.

Servin. l. cit.

§. 27.

Der Inquirent äussert seine Thätigkeit im peinlichen Prozesse entweder ex Officio, oder

wird durch die Aufforderung eines Dritten veranlaßt, die Untersuchung über ein Verbrechen zu verhängen.

Daher giebt es zwey Hauptformen des gerichtlichen Verfahrens im peinlichen Prozesse: Als den Inquisitions- und Accusations- oder Anklagsprozefs.

Cod. crim. bav. P. II. Cap. 2. §. 1. et sqq.

Feuerbach l. cit. §. 520.

Kleinschrod im Arch. d. p. R.

§. 28.

Der baierische Criminal - Codex kennt keine von den übrigen Eintheilungen des peinlichen Prozesses. Nur in Rücksicht auf den Gegenstand des Verfahrens kann noch vom reinen

und gemischten Adhäsionsprozefs die Rede seyn.

Der gemischte Criminalprozeß wird begründet, wenn nebst den Rechten des beleidigten Staates, noch Rechte einer Privatperson, welche durch das Verbrechen verletzt wurden, gerichtlich verfolgt werden.

Cod. crim. bav. l. cit.

Feuerbach loc. cit. §. 522.

V. Capitel.

Von den nothwendigen Bedingungen der Ausübung der Criminaljustiz.

§. 29.

Die erste Bedingung der Ausübung der Criminaljustiz ist die Gegenwart des Angeeschuldigten vor Gericht.

Bevor aber der Richter den Verdächtigen vor Gericht fordern darf, muß er nicht allein

1. Gewissheit eines begangenen Verbrechens an sich haben,
- sondern es müssen auch
2. Gründe vorhanden seyn, welche Jemanden wegen eines Verbrechens verdächtig machen.

Der Grad der Verdachtsgründe läßt sich zwar in Abstracto nicht bestimmen.

Die Gesetze rathen dem Inquirenten mit aller Behutsamkeit in diesem Stücke zu Werke zu gehen; indem aus einem unklugen Verfahren leicht Nullität des Prozesses erwachen kann, und der Richter dem unschuldig Inquirirten nicht allein Genugthuung leisten muß, sondern auch in alle Schäden, und Kosten verurtheilt zu werden, in Gefahr steht.

Cod. crim. bay. P. II. Cap. 2. §. 22.
et 24.

Feuerbach l. cit. §. 524.

P. G. O. Art. 6. II. 215.

Servin a. a. O. Lib. III. §. 4.

§. 30.

Sind einmal hinreichende Verdachtsgründe vorhanden, den Angeschuldigten dem Criminalgerichte zu unterwerfen, so hat der Richter ein Recht zu allen criminalischen Handlungen, wodurch er diesen Zweck erreichen kann; aber auch nur in so ferne diese Handlungen auf Erreichung dieses Zweckes gerichtet sind, dafs nämlich die Gerichtsbarkeit, vielmehr die Ausübung derselben möglich gemacht wird.

Feuerbach loc. cit. §. 525.

Servin loc. cit.

§. 31.

Bey Bestimmung der richterlichen Handlungen, den Verdächtigen seiner Gerichtsbarkeit zu unterwerfen, kömmt es vorzüglich darauf an, ob der Verdächtige, im Gerichte gegenwärtig, oder abwesend ist.

Im ersten Falle fordert ihn der Inquirent durch Citation vor Gericht, *) oder ertheilt sogleich Befehl zur Arretirung. Letzters geschieht, sobald Gründe vorhanden sind, daß sich der Verdächtige nicht freywillig vor Gericht stellen werde. Nach dem Grade der Verdachtsgründe wird der Angeschuldigte bald gefesselt, bald ungefesselt in die Eisenfronste übersetzt.

Cod. crim. bav. P. II. Cap. 6. §. 1. 2. et 8.
Feuerbach 1. cit. §. 526. et 527.

*) Diese Befehle werden allezeit ad Acta signirt, so wie der Gerichtsdienner über den Erfolg seines Auftrages eine eigene Anzeige ad Acta zu übergeben hat.

§. 32.

Nicht immer ist es dem Richter erlaubt, auf eine Anzeige sogleich Befehle zur Verhaftnehmung des Verdächtigen zu ertheilen: nur dann, wann Gründe vorhanden sind, daß der Angeschuldigte der richterlichen Gewalt sich entziehen werde, darf er sich seiner Person versichern. Diefs geschieht:

1. Wenn das Verbrechen eine Capitalstrafe zur Folge hat,
2. der Verdächtige nicht ansässig, oder sonst hinlänglich vercautionirt ist,
3. darf es auch keine privilegierte Person seyn, welche ohne allerhöchsten Special-Befehl nicht verhaftet werden darf.

Cod. Crim. bav. loc. cit. §. 1. 2. et 5. et eodem Cap. 3.

§. 33.

Diese allgemeine Regel leidet aber manche Ausnahme. Vornehme, Adelige, Graduirte, königliche Beamte, und andere Standespersonen dürfen in der Regel nicht ohne allerhöchsten Befehl verhaftet werden, wenn nicht besondere Gründe der Entweichung oder grofse Gefahr für das gemeine Beste, die Versicherung und Habhaftwerdung der Person des Angeeschuldigten dem Richter nothwendig macht.

Aber selbst in diesem Falle besteht die Verhaftung im blofsen Civil-Arreste, bis höhere Befehle erfolgen; denn ein solcher Fall mufs sogleich einberichtet werden.

Weniger Schwierigkeit unterliegt die Verhaftung unangesessener Personen, Leute, welche in schlechtem Rufe stehen, z. B, wer schon einmal peinlich processirt wurde, Vaganten, und überhaupt des liederlichen Gesindels.

Diese können schon auf nicht dringende Verdachtgründe, wo nicht in's Gefängniß, doch

wenigstens in Civil-Arrest gesetzt werden,
bis sich nach der Untersuchung der Sache das
weitere Verfahren des Richters bestimmen läßt.

Cod. crim. bav. P. II. Cap. 6. §. 4. 5 et 6.

P. G. O. Art. 6. II et 218.

General-Mandat v. 31. Jän. 1606.

Struck in Dissert. Casuum contro. 19.

§. 34.

Allein nicht bloß durch die Verhaftnehmung,
sondern auch durch andere Mittel kann
sich der Richter der Person des Angeschuldigten
versichern.

Dergleichen Mittel sind nach unsern Gesetzen:

1) die Caution, und

2) das sichere Geleit.

Die Caution findet aber nur in solchen Fällen Statt, wo die Gesetze auf das Verbrechen keine Kapitalstrafe drohen.

Eben so steht es mit dem sichern Geleit, welches in Fällen, wo sich gar keine wahrscheinliche Gründe zur Vertheidigung des Verbrechens hervorthun, selten, oder gar nicht ertheilt zu werden pflegt.

Cod. crim. Bav. l. cit. §. 10 et 11.

Feuerbach. l. cit. §. 530.

Heil - judex et defensor. Cap. 2. §. 5.

Quistorp peincl. R. §. 645.

§. 35.

Im peinlichen Verbrechen hat weder *Cautio juratoria*, noch *permissoria* Statt. Die Gesetze fodern ausdrücklich, daß entweder *Cautio realis*, oder Caution durch Bürgen (*Satisfaction*) geleistet werden müsse, wenn dieses Mittel von Gefängniß sichern soll.

Aber in Verbrechen, welche die Todes- oder eine dieser gesetzlich gleichen Strafe zur Folge haben; also in Capital-Verbrechen wird gar keine Caution zugelassen; denn da wird ohne weiters zur Verhaftnehmung des Angeeschuldigten geschritten.

Also nur in geringern Verbrechen, welche keine Kapital-Strafe drohen, wird Caution angenommen.

Die Summe der Real - Caution richtet sich nach der Gröfse des Verbrechens, und läßt sich im Allgemeinen nicht bestimmen. Stellt sich Inquisit ohngeachtet der geleisteten Caution auf Anfoderung der Obrigkeit nicht, so ist die

Cautions - Summe dem Staate anheimgefallen,
und der Proceß geht in seinem ordentlichen
Gange fort.

Die Bürgen haften nicht allein mit ihrem
Vermögen, sondern können noch zur persö-
nlichen Verantwortung gezogen werden.

Cod. crim. bav. l. cit. §. 10, et in n. ad §.
20. l. cit.

Feuerbach l. cit. §. 53r.

Lauterbach D. lib. 2. T. 8. §. 13.

§. 36.

Sicheres Geleit (salvus conductus) besteht
in der Zusicherung von Seite des Staates ge-

gegen den Angeschuldigten , daß er vom Gefängnisse befreyt seyn solle , bis ein Straferkenntniß wider ihn erfolgt seyn wird , unter der Bedingung , daß er sich gesetzlich verhalte , und auf Verlangen vor dem Gerichte erscheine.

Das sichere Geleit kann vollkommen oder unvollkommen ertheilt werden ; als : zum Rechten allein (*salvus conductus generalis*) oder von und zum Rechten zugleich (*salvus conductus specialis*)

Dieser Unterschied ist keine theoretische Speculation , sondern hat seine practische Wichtigkeit.

Das unvollkommene sichere Geleit (*salvus conductus generalis*) befreyt den Angeschuldigten nur in so lange von dem Gefängnisse , bis er seinen Rechtsanwald (*Defensor*) zum Zweck seiner Vertheidigung hinlänglich instruiert hat.

Hiezu wird ihm gewöhnlich ein kurzer peremptorischer Termin anberaumt.

Das vollkommene sichere Geleit aber (*salvus conductus specialis*) befreyt den Ange-
schuldigten in so lange von dem Arreste, bis
gleichwohl ein Straferkenntnis wider ihn er-
folgt ist.

Während dieser Zeit steht es ihm frey,
sich im Lande aufzuhalten, und sich aller
Rechtsmittel mit seinem Anwalde zur Verthei-
digung seiner Unschuld zu bedienen.

Cod. crim. bav. P. II. Cap. 6. §. II. et in
n. eod.

Kleinschrod Versuch einer vollständigen
Theorie der Lehre vom sicher Geleit, In
d. Abh. St. II. Nro. 9.

§. 37.

Der Inquirent würde durch Ertheilung
des sichern Geleits den Zweck der Strafgesetze

und seiner Untersuchung selten erreichen, wenn er sich nicht durch Caution des Angeeschuldigten und mit dem sichern Geleit Versprechen seiner Gegenwart vor Gericht versichern würde; daher muß der Vergleitete allezeit Caution leisten, daß er sich auf jedesmalige Verlangen vor Gericht stellen wolle. (Cautio de Judicio sisti)

Uebrigens wird das sichere Geleit nur auf allerhöchsten Befehl ertheilt, und gewöhnlich nur in Fällen, wo der Verbrecher noch nicht verhaftet ist, und auch Gründe vorhanden sind, daß sich seine That vertheidigen lasse.

Cor. crim. bav. l. cit. §. 12 et 13.

Feuerbach l. cit. §. 541.

Kleinschrod l. cit.

§. 38.

Damit aber das sichere Geleit kein Begünstigungsmittel der Verbrecher werde, und in eine förmliche Begnadigung ausarte, so werden die Acten den Fiscalen zur Information mitgetheilt, welche dann im Namen des Staates gegen den Vergleiteten, im Falle der Prozeß einer Verzögerung unterliegen sollte, Klage zu stellen haben.

Eben so erstreckt sich das sichere Geleit nur auf jene Verbrechen, in Ansehung welcher der Geleitsbrief ertheilt ist; und erlöscht

- 1) mit dem Verfluß der Zeit, auf welche es ertheilt ist;
- 2) mit der Eröffnung eines peinlichen Urtheils;
- 3) mit Eintretung des Ungehorsams gegen das inquirende Gericht, wenn nämlich der Angeschuldigte auf eine Citation nicht erscheint.
- 4) Sobald alle Vertheidigungsgründe wegfallen.

5) Nichtigkeit ist es, wenn es, auf was immer für eine Art, erschlichen wurde.

Cod. crim. l. c. §. 12 et 14; et in n, eod.

Feuerbach l. cit. §. 541.

Leyser spec. 728. M. 17.

§. 39.

Sind alle Erfodernisse der Verhaftung vorhanden, der Verdächtige aber befindet sich abwesend; so ist zu unterscheiden:

Der Verdächtige hält sich noch im Gerichtsbezirke des Inquirenten auf. In diesem Falle ertheilt der Richter den Befehl zur Aufsuchung und Arretirung desselben.

Jedes Haus, auf welches Verdacht fällt, daß sich der Angeschuldigte daselbst aufhalte, ist dieser Untersuchung unterworfen.

Eine Protestation wird nicht angenommen, sondern kann nach Umständen den Verdacht erhöhen. Derswegen wird in dergleichen Fällen die Haussuchung mit Gewalt vorgenommen.

Dies gilt heut zu Tag auch von Freyungen und Afsilen, wo der Verbrecher zwar requirirt, aber nach Lage der Sache ohne weiters habhaft gemacht werden kann.

S. Maiers Gen. Samml.

Cod. crim. bav. P. II. Cap. 6. §. 15. ist also abrogirt.

§. 40.

Ist aber der Angeschuldigte in einem andern Gerichtsbezirke, und dessen Aufenthalt bekannt, so wird mittelst Requisitions-Schreiben dessen Arretirung und Auslieferung verlangt.

Der Inhalt dieser Schreiben enthält gewöhnlich die Verdachtsgründe, welche nach einigen speciel angeführt seyn müssen.

Der Form nach richten sie sich nach dem Rangverhältnisse, in welchem die beiden Gerichtsbehörden stehen; (Ansuchungs- oder befehlsweise)

Im Falle, daß der Aufenthaltsort des Verdächtigen unbekannt ist, so erläßt der Inquirent Steckbriefe.

In diesen Schreiben werden die Verdachtsgründe bald general bald speciel berührt, und

eine Personalbeschreibung des Angeschuldigten
beygefügt.

Der Zweck dieser Schriften ist, die Gefan-
gennnehmung und Auslieferung des Verbrechers.

Daher werden sie an mehrere, und zwar
an jene Criminalgerichte dirigirt, wo sich der
Flüchtige wahrscheinlich aufhält.

Feuerbach l. cit. § 537 et 538.

Biedermann über die Natur und Erfordernisse
der Steckbriefe in Kleims Archiv St. III.
n. 3.

Cod. crim. bav. P. II. Cap. I §. 17.

a) a. Diefs ist nicht nothwendig, oft nicht
einmal möglich —

b) b. An königliche Landgerichte. Man stellt

das Ansuchen -- die Requisition -- das K. L. G. wolle &c.

An Hofm. und Herrschaftsgerichte -- das K. Hofm. Gericht hat daher -- oder wird hiermit requirirt &c.

*) c. Z. B. Jacob N. hat sich heute Nacht im Wirthshause zu N. eines grossen Diebstahls sehr verdächtig gemacht -- und ist heimlich entwichen --

Nachstehende K. L. G. werden höflichst requirirt &c.

Hat der Steckbrief seinen Kreislauf vollendet, so kommt er wieder an das inquirende Gericht, der Direction gemäfs, von jedem bemerkten Gerichte unterschrieben zurücke, nachdem sich diese Abschriften ad Acta genommen haben.

§. 41.

Noch ist der Güterbeschiag (Annotatio bonorum) unter die Mittel zu zählen, die Gegenwart des Angeschuldigten vor Gericht zu

bewirken. Es wird nämlich das hinterlassene Vermögen der Flüchtigen inventirt, und in gerichtlichen Beschlag genommen.

Der Zweck dieser Handlung ist, die Gegenwart des Angeeschuldigten vor Gericht zu bewirken; deswegen wird ihm auf diese Art nicht allein alles Dispositionsrecht über seine Relicten entzogen, sondern ihm auch alle Unterstützung aus seinem Vermögen versagt.

Das hinterlassene Vermögen des Angeschuldigten wird entweder nach Beschaffenheit der Bestandtheile bey Gericht hinterlegt, oder einem Administrator zur Verwaltung übergeben, welchem die besondere Verbindlichkeit aufgelegt wird, den Flüchtigen aus seinem Vermögen nicht zu unterstützen.

Der Güterbeschlag geschieht allezeit auf höhere Anbefehlung in Gegenwart des Richters, Aktuars und zweyer unpartheyischen beeidigten Männer.

Nur wenn Gefahr auf Verzug haftet, kann dieß auch provisorisch geschehen. Dieser Fall muß jedoch sogleich an das einschlägige Hofgericht einberichtet werden.

Cod. crim. bav. l. cit. §. 15.

Feuerbach l. cit. §. 539.

P. G. O. Art. 206.

Item, so ein Uebelthäter ausweicht; so soll der Richter zween oder drey desselben Freund erfordern, und in Gegenwart derselben und zweyer --

§. 42.

Das Gefängniß muß für den Staat alle Sicherheit leisten, ohne daß es in einen Straf-ort für den Gefangenen ausarte.

Der Gefangene darf daher weder an seinem Unterhalte, noch an seiner Gesundheit durch den Arrest mehr Schaden leiden, als mit der Gefangenschaft nothwendig verbunden ist.

Immer wird das Gefängniß eine Art Strafe seyn; aber dieses ist ein Uebel, dem auch die humaneste Gesetzgebung nicht ausweichen kann.

Das Gesetzbuch unterscheidet jedoch in Hinsicht des Arrestes nach dem Verhältnisse der Verbrechen, und nach der Verschiedenheit der Person des Gefangenen.

Ansehnliche Personen soll man in leidentlicher Verwahr halten, und nach Verschiedenheit der Umstände, wenn nämlich das Verbrechen keine Capital - Strafe zur Folge hat, auch keine Gefahr der Flucht obwaltet, mit Haus- oder Stadt - Arrest belegen.

Diese Regel erstreckt sich nach dem Geiste des Gesetzes auf jede Art von Verbrecher, in Ansehung welcher die nämlichen Gründe vorhanden sind.

Unvermögliiche und unangesessene Personen werden in dem Gefängnisse detinirt, und haben sich jener Gelindigkeit nicht zu erfreuen.

Eben so, grofse Verbrecher, bey welchen nebst dem noch Gefahr vor Flucht zu befürchten ist. Diese werden auch in Eisen und Banden geschlossen; und ihnen alle mögliche Mittel zur Flucht entzogen.

Der Inquirent hat Sorge zu tragen, daß die Gefangenen von den Eisen- und Gerichtsdienern nicht mißhandelt, oder ihnen sonst etwas an ihrem Unterhalt und Pflege entzogen werde.

Auch liegt es in seinen Pflichten den kranken Gefangenen alle ärztliche Hülfe zu verschaffen, die Gefängnisse von Zeit zu Zeit zu untersuchen, allen Gefahren einer Entweichung vorzubeugen, und die Gefangenen selbst ordentlich von einander abzusondern.

In der Regel wird Niemanden ohne Gerichtsperson der Eintritt in die Gefängnisse gestattet.

Cod. crim. bav. P. II. Cap. 6. §. 9. et in n. eodem.

Feuerbach loc. cit. §. 532.

Servin l. cit. lib. 3. Pag. 424 et 28.

L. 1. l. 5. Cod. de Cod, de Custodia reorum.

* Dieser Gesetz scheint der Verfasser des b. C. in der Hauptsache befolgt zu haben. Aber auffallend ist noch der Contrast un-

rerer Gefängnisse mit der humanen Gesetzstelle unsers Crim. Cod.

- Daher die Fragen am Ende des Verhörs, ob Inquisit mit seiner Verpflegung zufrieden sey, und keine Klage gegen die Gefangendiener habe?

Dafs diese Fragen für sich allein nicht immer zum Zweck gehören, lehrt die Erfahrung. —

IMBITATIONES

DECEDEM

DE HUMANITATE

ALMA MATER

DECEDEM DECEDEM

DECEDEM DECEDEM

DECEDEM DECEDEM

DECEDEM DECEDEM

DECEDEM DECEDEM

U

U

DECEDEM DECEDEM

DECEDEM DECEDEM

DECEDEM DECEDEM

U

Schwarz, C. M.

Ueber den peinlichen Prozess in Baiern

Freysing 1807

Bibl.Mont. 3218-67

urn:nbn:de:bvb:12-bsb10946481-0